

Ressort: Politik

## Griechenland-Hilfen: Grüne erheben Vorwürfe gegen Bundesregierung

Berlin, 18.12.2014, 06:00 Uhr

**GDN** - Kurz vor der Bundestagsabstimmung über eine vorsorgliche Kreditlinie des Euro-Krisenfonds ESM für Griechenland haben die Grünen schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhoben. Nach Ansicht des Grünen-Chefhaushälters Sven-Christian Kindler und des Grünen-Europaexperten Manuel Sarrazin enthält die Beschlussvorlage von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eine "inakzeptable und unnötige Beschneidung der Parlamentsrechte": "Wir Grüne werden uns deswegen enthalten", sagten Kindler und Sarrazin dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe).

"Denn die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, werden ihre Parlamentsrechte an der Garderobe abgegeben haben." Die Grünen-Politiker begründeten ihre Kritik damit, dass eine "endgültige" Entscheidungsgrundlage fehle. Damit der Bundestag feststellen könne, dass Griechenland alle Kriterien erfüllt, müsse ein Bericht der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) vorliegen, der etwa die Schuldenragfähigkeit und die Gefahr für das Euro-Währungsgebiet bewerte. Dieser Bericht liege dem Bundestag aber nur in einer vorläufigen Fassung vor. Die Analyse der EZB sei nicht enthalten. "Selbst die EU-Kommissionsmitarbeiter betonen, dass die endgültige Bewertung erst dann vorliegen kann, wenn sich die griechische Regierung und die Troika im Rahmen der fünften Überprüfung des derzeit laufenden Kreditprogramms über noch umzusetzende Maßnahmen geeinigt haben", betonten Kindler und Sarrazin. In diesem Zusammenhang werfen die Grünen-Politiker der Bundesregierung vor, vom Bundestag einen "Blankoscheck" zu verlangen, weil sie nach dem endgültigen Bericht von EU-Kommission und EZB "im Alleingang" entscheiden wolle, ob die Voraussetzungen für die Kreditlinie erfüllt sind. Das bedeute, dass der Bundestag am Donnerstag seine "Entscheidungshoheit an die Bundesregierung übertragen" solle und nicht selbst, so wie es Beteiligungsgesetze und Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gebieten, endgültig bewerten könne, ob Griechenland die Zugangskriterien für eine vorsorgliche Kreditlinie erfülle, sagten Kindler und Sarrazin. Es sei ein "Skandal", dass Schäuble den Bundestag "rechtswidrig" umgehen wolle. "Das wäre ein sehr gefährlicher Präzedenzfall, den Wolfgang Schäuble ohne Not im Hauruckverfahren durch den Bundestag peitschen will." Kindler und Sarrazin sprachen von einem dreisten Vorgehen der Großen Koalition, das ohne jegliche Dringlichkeit geschehe. "Der Antrag des Bundesfinanzministeriums erläutert mit keinem Wort, warum ein solcher Maßgabe-Beschluss überhaupt zum jetzigen Zeitpunkt notwendig ist." Die Sitzung des ESM-Gouverneursrats, auf der die vorsorgliche Kreditlinie beschlossen werden soll, sei zudem noch gar nicht terminiert. "Es spräche also rein gar nichts dagegen, den Bundestag Anfang Januar 2015 in einem gesetzlich sauberen Verfahren zu beteiligen."

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-46567/griechenland-hilfen-gruene-erheben-vorwuerfe-gegen-bundesregierung.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD  
483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS  
contact (at) unitedpressagency.com  
Official Federal Reg. No. 7442619